

von
Katja Sobbe,
Eva Fuhrmann

Strategien für globalen Arbeitnehmerschutz

Ein Interview mit Ingeborg Wick

Katja Sobbe ist Studentin der Asienwissenschaften und Eva Fuhrmann ist Doktorandin an der Abteilung für Südasiastudien der Universität Bonn.

Ingeborg Wick war am SÜDWIND-Institut als wissenschaftliche Mitarbeiterin im Fachbereich Frauen und Weltwirtschaft beschäftigt und ist dort weiterhin im Arbeitskreis zu diesem Thema tätig.

Frau Wick, wie kann man erreichen, dass Unternehmen, die sich bisher nicht um weltweite Sozialstandards in ihrer Wertschöpfungskette bemühen, ihre Einstellung diesbezüglich ändern?

Zentral ist öffentlicher Druck auf Unternehmen. Im Zuge der neoliberalen Politik seit den 1970er Jahren wurden weltweit Arbeits- und Sozialrechte immer stärker abgebaut. Also muss man sich heute dieser Politik, die den Interessen von Unternehmen dient, mit öffentlichem Druck entgegenstellen.

Glauben sie, dass der freiwillige Corporate Social Responsibility (CSR)-Ansatz hier positive Veränderungen bewirkt hat?

Kaum. Der freiwillige CSR-Ansatz entstand ja als Reaktion auf die öffentliche Kritik daran, dass Arbeitnehmer- und Sozialrechte in den Zulieferfabriken oder auch in den Niederlassungen von Unternehmen, besonders in Entwicklungsländern, systematisch verletzt wurden. Darauf haben Unternehmen in Form von freiwilligen Verhaltenskodizes und Selbstverpflichtungen reagiert. Zunehmend haben die Unternehmen dabei das Heft in die Hand genommen, denn in der privaten Regulierung von Arbeitsbedingungen liegt für sie ein Vorteil, der auch als Marketingstrategie genutzt werden kann.

Allerdings ist die ganze Debatte um CSR auch insofern nützlich, als dass sie die Öffentlichkeit darauf aufmerksam gemacht hat, dass ein Vakuum in der Regulierung der Rechte von ArbeitnehmerInnen in globalen Beschaffungsketten von Unternehmen existiert. Dass ein solches Vakuum gefüllt werden muss, haben mittlerweile auch hohe Vertreter der UNO festgestellt, wie z.B. der UN-Sonderberichterstatter John Ruggie in 2008 und 2011 veröffentlichten Berichten. Darin setzte sich Ruggie allerdings

nicht für eine Verschärfung verbindlicher Regelungen mit Haftungscharakter ein.

Wie könnten Unternehmen denn dazu bewegt werden, ihre Lieferketten stets zu überprüfen?

Die Auslagerung der Produktion in Entwicklungs- und Schwellenländer findet ja statt, um Kosten zu senken. Die Unternehmen werden mit Steuer- und Zollvorteilen, aber auch mit der de facto Außerkraftsetzung von Arbeitsrechten angezogen. Wenn die Politik umschaltet und Unternehmen sehen würden, dass es eine tatsächlich durchgesetzte Haftung für die Einhaltung von Arbeitnehmerrechten gibt, dann entfielen ein wichtiger Grund für Auslagerungen.

Es kommt darauf an, ob in der Staatengemeinschaft Einigkeit darüber hergestellt werden kann, sanktionsbehafte Verpflichtungen für Unternehmen und ein Monitoring hierfür zu implementieren. Dies ist schwierig, denn es gibt heute in allen Ländern Praktiken, sich gerade durch Kostenattraktionen Vorteile gegenüber Wettbewerbern zu verschaffen. Insofern steht einer solchen bindenden Normierung von Arbeitnehmerrechten die heutige Logik des Wirtschaftens diametral entgegen.

Wo sollte man so eine Organisation zur Überprüfung ansetzen?

Im Rahmen der UNO ist sie meines Erachtens am besten angesiedelt, denn es gibt kein repräsentativeres Völkergremium als die UNO. Doch entsprechende Debatten der jüngsten Vergangenheit verliefen kontrovers. So gab es zum Beispiel Überlegungen zur Stärkung der Rechte der ILO oder den Vorschlag einer Expertengruppe der UN-Menschenrechtskommission von 2003, der später zur Einsetzung von UN-Sonderberichterstatter Ruggie führte. Eine befriedigende Lösung ist hier noch nicht gefunden. Sehr interessant sind jüngste Vorschläge von Nichtregierungsorganisationen für gesetzliche Initiativen mit Blick auf die EU-Kommission, nach denen Unternehmen auf die Einhaltung von Arbeitnehmerrechten in ihrem Wirkungskreis verpflichtet werden sollen. Im Jahr 1999 hatte das Europaparlament bereits gefordert, dass UnternehmensvertreterInnen für eine sozialverträgliche Auftragsvergabe an globale Lieferanten haftbar gemacht werden sollten.

Gibt es speziell in den asiatischen Ländern Ansätze, sich gegen die Arbeitsbedingungen zu wehren?

Gewerkschaften und zivilgesellschaftliche Gruppen in asiatischen Ländern haben in den letzten



Foto:
Ingeborg Wick

Jahren sehr wohl bestimmte Forderungen aufgestellt, was ihre Arbeitsbedingungen anbelangt. Die Arbeitsgesetze in den Ländern sind meistens sehr gut, aber sie werden selten eingehalten. Oft müssen Gewerkschaften erst aufgebaut werden. Diese Frage, wie Widerstand gegen die Verletzung von Arbeitsrechten organisiert werden kann, sieht von Land zu Land unterschiedlich aus. Erst einmal ist es wichtig Einigkeit über die Hauptforderungen herzustellen und dann an die Öffentlichkeit zu gehen und Druck auf die Unternehmen auszuüben, auf Regierungen zuzugehen, Skandale zur Sprache zu bringen und Gegenvorschläge zu unterbreiten. Die Asia Floor Wage Campaign ist ein jüngstes Beispiel dafür, wie eine Koordination von Gewerkschaften und Nichtregierungsorganisationen in unterschiedlichen asiatischen Ländern stattgefunden hat.

Welchen Einfluss haben VerbraucherInnen, um die Arbeitsbedingungen zu verändern?

Der Einfluss der VerbraucherInnen beim Einkauf ist zwar wichtig, aber nicht entscheidend. Sie können zwar durch kritischen Konsum punktuell eingreifen und auch durch Konsumentenkampagnen immer wieder darauf hinweisen, dass eingeleitete Veränderungen nicht ausreichen. Auch können sie über Interessenverbände auf politische EntscheidungsträgerInnen einwirken. Für eine nachhaltige Veränderung ist es jedoch unerlässlich, dass sich Beschäftigte organisieren, überall da, wo ihre Arbeitsrechte verletzt werden, Widerstand leisten und sich mit einer breiten Öffentlichkeit gut vernetzen. Es ist eine vielfältige Öffentlichkeit, die für den Druck sorgen muss.

Was spornt Sie denn an, ihre Arbeit trotz Rückschlägen weiterzuführen?

Es gibt ja Fortschritte, wenn man genau hinschaut. Außerdem habe ich mich darauf eingestellt, dass es einen langen Atem braucht, wenn ich eine andere Logik des Wirtschaftens erreichen will – dann ist das eine Sache von vielen Jahren.

Ich habe die Erfahrung gemacht, dass es Fortschritte nur gab, wenn man sich mit Gleichgesinnten in einer Organisation oder einem Bündnis zusammenschließt und Gegenstrategien entwickelt worden sind. In dieser Frage ist es wichtig zu sehen, dass es auch Fortschritte in einzelnen Ländern und Fabriken gab. Es gibt immer auch viele Gegeninteressen und Ansätze sind oft nicht tauglich. Aber das heißt nicht, dass das so bleiben muss. Bei der Entstehung oder Revision verbraucherrechtlicher Regelungen zum Beispiel gab es in jüngster Zeit in verschiedenen Ländern durchaus positive Bewegungen.

Kaufen Sie eigentlich bei Aldi ein?

Im Grunde genommen gibt es bei der Herstellung von Waren, die Einzelhandelsunternehmen wie

Discounter, Supermärkte, Markenunternehmen oder Warenhäuser für den Alltag anbieten, keine wesentlichen Unterschiede, das ist eher eine Frage von Nuancen. Bei den Recherchen, die ich jahrelang im SÜDWIND-Institut mit PartnerInnen in asiatischen Ländern durchgeführt habe, stellte sich heraus, dass die Verletzungen von Arbeitsrechten bei Zulieferern von Discountern wie Aldi zwar gravierender waren, weshalb Kampagnen wie die Clean Clothes Campaign hier auch gezielte Aktionen gestartet haben. Doch führte diese Strategie nicht dazu, dass der Einkauf bei Einzelhandelskonkurrenten als Alternative empfohlen wurde, da es auch bei ihren Lieferanten zu systematischen Arbeitsrechtsverletzungen kommt.

Die Schlussfolgerung ist, dass nicht der Boykott von bestimmten Unternehmen die Lösung ist – zumal hierfür keine Legitimation der Beschäftigten vorliegt – sondern die Aufdeckung der Produktionsbedingungen des Einzelhandels insgesamt im Sinne eines »Naming & Shaming«. Diese Politik ist ein wichtiges Element der breit angelegten Strategie zum verbesserten Schutz von Arbeitsrechten in der globalisierten Wirtschaft.

KOREA forum

DAS MAGAZIN ZU
GESELLSCHAFT – POLITIK – KULTUR
DER BEIDEN KOREAS

Das Korea Forum ist eine der wenigen deutschsprachigen Publikationen, die sich mit der koreanischen Halbinsel beschäftigen. Es beleuchtet Politik, internationale Beziehungen und Gesellschaft; zudem werden neueste Bücher und Filme aus und über Korea besprochen. Schwerpunkte der aktuellen Doppel-Ausgabe sind Militarismus in Südkorea und nordkoreanische Kriegs- und Friedensperspektiven.

15 Euro für 115 Seiten
fundierter Analysen – jetzt bestellen unter:

Redaktion Korea Forum c/o Korea-Verband e.V.
Rostocker Str. 33
10553 Berlin
Telefon: +49 (0)30 - 39805984
Email: redaktion@koreaverband.de
www.koreaforum.koreaverband.de